

Calmer Calmbach

Nr. 105.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Erscheinungsweg: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Kleinpolstige Seite 20 Pfg.,
Reklamen 50 Pfg. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Preisprophet 0.

Donnerstag, den 8. Mai 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zehnerlohn Mt. 2.85 vierteljährlich, Postbezugspreis
im Ort- u. Hochwasserbezirk Mt. 2.75, im Fernbezirk Mt. 2.85, Postgebühren 30 Pfg.

Die Friedensbedingungen.

Von deutscher Seite wurde noch nichts über die von den Alliierten gestellten Friedensbedingungen bekanntgegeben. Dagegen hat das Wolffsbureau einen Auszug der „Times“ und Reuters verbreitet, den wir nachfolgend wiedergeben. Wir finden in diesen Auszügen alle die Forderungen wieder, die in der alliierten Presse seit Monaten propagiert worden waren, und die wir auch dementsprechend von unserem Standpunkt aus beurteilt haben. Diejenigen, die auf die heuchlerischen Redensarten des Präsidenten der Vereinigten Staaten gebaut hatten, werden nun wohl aus allen Himmeln fallen, weil sie nicht so viel politischen Instinkt aufzubringen vermochten, um einzusehen, daß ein Staat, in dessen nationalem und Einzelleben der Monotonie als Gott angebetet wird, nicht um der „Gerechtigkeit und der Freiheit der Völker“ willen in den Krieg eintritt. Allerdings entbindet die deutsche Gültigkeit den amerikanischen Präsidenten nicht von dem Ehrentitel, den er sich für immer in der Welt erworben hat, als des größten diplomatischen Schurken der Weltgeschichte, und das amerikanische Volk wird diesen Schimpf auf seinen Namen, daß es die Welt um den Glauben an einen wahren Völkerbund betrogen hat, ebenfalls nicht mehr abwischen können, denn das was uns hier an Friedensbedingungen aufgezwungen werden soll, kommt dem schärfsten Vergewaltigungsfrieden gleich, der je einem Volke diktiert worden ist. Was die „Saturday Review“ in ihrem fanatischen Haß gegen Deutschlands Konkurrenz im Jahre 1897 schon geschrieben hat, daß Deutschland vernichtet und als Beute unter die Bundesgenossen Englands verteilt werden soll, das ist heute erreicht. Charthago esse delendam! Dieses anlässlich der Zerstörung Karthagos durch die Römer geprägte brutale Wort war auch als Symbol in jenem englischen Artikel gestanden, und die Engländer haben, während unsere Dynastien und Diplomaten im Zwange unseres an Arterienverkalkung leidenden diplomatischen Systems dahindämmerten, diese Gedanken folgerichtig bis zum heutigen Tage verfolgt. Denn wir wollen uns doch nichts vormachen: der Vater des Gedankens des Vernichtungskrieges gegen Deutschland war seit Jahrzehnten England, und seinem diplomatischen Geschick und der verbrederten Unfähigkeit und Unfähigkeit unserer Diplomatie ist es zuzuschreiben, daß ihm die andern Staaten, zum großen Teil gegen ihre Interessen ins Garn gegangen sind. Daß Rußland niemals Konstantinopel erhalten würde, das hätten sich doch die Russen denken können. Setzt ihnen die Angelsachsen dort als „Mandatare“, als „Verwalter“ und beherrschen damit die ganze Welt. Und England? England hat erreicht, daß die gefährliche deutsche Flotte ausgeliefert wird, daß Helgoland als Festung geschleift wird, ja daß der Kieler Nordostseekanal von allen Nationen benützt werden darf. Und wie die Römer seinerzeit die Karthager zwangen, ihre Eigenschaften als Seehandel treibendes Volk aufzugeben, indem sie ihnen die Bedingung auferlegte haben, vom Meer entfernt ihre Stadt wieder aufzubauen, so will man das deutsche Volk ebenfalls vom Seehandel ausschließen, denn wie wir telefonisch erfahren, enthält der Reutersche Auszug bezüglich der deutschen Handelsschiffe die Bedingung, daß wir keine Tonne für Tonne der verenteten Schiffe ersetzen müssen, und ebenso Klasse für Klasse (Größenverhältnis.) Alle deutschen Handelsschiffe von 1600 Tonnen und darüber, die Hälfte der Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonnen, ein Viertel der Fischereidampfer und andere Fischereifahrzeuge sollen ausgeliefert werden. Dazu kommt noch, daß auf Rechnung der Alliierten während der nächsten 5 Jahre jährlich 200 000 Tonnen Schiffsraum auf deutschen Werften gebaut werden soll. Wir sollen also als Seehandelsstaat in den nächsten Jahren völlig ausgeschaltet werden, als Seemacht überhaupt für immer. Sodann erhält England die gewünschten deutschen Kolonien und Ägypten. Persien ist schon ganz unter englischem Einfluß, Arabien wird schamhaft von dem angelsächsischen Bruder Bonathon für John Bull warm gehalten. Die Eroberung der Welt durch die Angelsachsen ist also fertig. Da man die Sache aber allein nicht machen kann, so hat man sich die Romanen als Helfershelfer engagiert, und sie mit deutschem und österreichischem und türkischem Gebiet abgespelt. Um diese neue Weltordnung im Dauerzustand zu erhalten, wird man Deutschland erstens finanziell bis zum letzten auspumpen, es wirtschaftlich einschnüren und militärisch zur Ohnmacht verdammen. Das wird die neue Regelung, nach der der Erzschuft Wilson in der Welt die Gerechtigkeit auf den Thron erheben will. Das lächligste Volk muß versklavt werden, weil es Anspruch auf Gleichberechtigung neben den Angelsachsen machte. Der Völkerbund aber soll diese Vergewaltigung eines der ersten Kulturvölker sicherstellen. Schreibt doch das Blatt des früheren Ministerpräsidenten Aquilith, die „Westminster Gazette“, selbst wenn der Friede unterzeichnet werde, was man in Ententekreisen anscheinend immer noch nicht glaubt, so werde man doch in einem mehr oder weniger offenen Kriegszustand mit Deutschland bleiben, da der Völkerbund sich gegen Deutschland richtete. Das Blatt meint dann

aber, die Bewegung zur baldigen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sei in England sehr stark. Man könnte lächeln ob der Dummheit dieser Erklärung, wenn man nicht empört sein will über die Auffassung, die die Engländer von dem Grade unserer Dummheit besitzen.

Wie wir weiter aus dem Reuterschen Auszug ersehen, wollen die Alliierten auch noch die nordöstliche Ecke von Ostpreußen in Besitz nehmen und von der holländischen Regierung die Auslieferung des Kaisers verlangen. Es soll also die Komödie zu Ende geführt werden, als deren Schluß die Verurteilung des deutschen Kaisers betrachtet wird, der den einzigen Fehler begangen hat, daß er gerade der Repräsentant des deutschen Volkes war, den die Entente zur völligen Vernichtung Deutschlands brauchte.

O. S.

Englische Meldungen über die Friedensbedingungen.

Amsterdam, 7. Mai. Der Telegraaf meldet aus London vom 6. Mai: Die Times wird morgen ungefähr zehn Spalten von einer Zusammenfassung der wichtigsten Friedensbedingungen, die den deutschen Delegierten vorgelegt werden sollen, veröffentlichen. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende:

Die deutschen Landstreitkräfte müssen binnen zwei Monaten nach Unterzeichnung des Vertrags nicht mehr als 70 000 Mann Infanterie und 30000 Mann Kavallerie eingeschränkt sein. Die Gesamtzahl der Offiziere darf nicht mehr als 4000 betragen. Es wird nur freiwilliger Militärdienst gestattet werden. Auch die deutschen Küstungen sollen auf das Neueste eingeschränkt werden. Alle Befestigungen 50 Meilen östlich des Rheins müssen abgerüstet werden. Die deutschen Seestreitkräfte dürfen zwei Monate nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages keine Unterseeboote enthalten und werden dann noch aus 6 Schlachtschiffen, 6 leichten Kreuzern, 12 Torpedokreuzern und 12 Torpedobooten bestehen. Alle anderen Kriegsschiffe müssen entweder in die Reserve versetzt oder als Handelsschiffe umgebaut werden. Die Befestigungen dürfen nicht mehr als zusammen 15000 Mann, darunter 1500 Offiziere und Deskoffiziere stellen. Alle militärischen und maritimen Anlagen auf Helgoland müssen geschleift werden. Der Kieler Kanal muß den Handelsschiffen aller Länder, die mit Deutschland im Frieden leben, auf der Basis vollständiger Gleichheit offenstehen. Es soll Deutschland gestattet werden, bis zum 1. Oktober eine Höchstzahl von 100 Wasserflugzeugen zum Aufspüren von Minen zu haben. Nach diesem Datum darf Deutschland keine militärischen oder maritimen Luftfahrzeuge behalten und innerhalb eines Abstandes von 150 Kilometer von der deutschen Grenze auch keine Flugzeuge lagern. In diese Zone fallende Flugplätze müssen abgetroffen und der Boden muß umgepflügt werden.

Die Alliierten beschuldigen den früheren Kaiser offen eines Vergehens gegen die Strafgesetze, fordern der ernstesten Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge. Es wird ein besonderer Gerichtshof eingesetzt werden, um gegen ihn zu verfahren. Die Personen, die der Verletzung von Kriegsgesetzen und Kriegsgebräuchen beschuldigt werden.

Bis zur vollständigen Befriedigung der Forderungen der Alliierten muß Deutschland eine Million Pfund Sterling bezahlen. Ferner muß Deutschland für jeden Schaden, der Zivilpersonen der Alliierten oder deren Eigentum zugefügt wurde, Vergütungen bezahlen. Elfaß-Lothringen muß an Frankreich zurückgegeben werden, das auch das Saarland erhalten wird. Die Verwaltung des Saarlandes wird von einer vom Völkerbund ernannten aus fünf Personen bestehenden Kommission ausgeübt. Nach 15 Jahren wird die Bevölkerung entscheiden, ob sie vom Völkerbund, von Frankreich oder von Deutschland regiert zu werden wünscht. Wenn Deutschland gewählt wird, wird es die Kohlenbergwerke zu einem noch näher zu vereinbarenden Preise von Frankreich kaufen müssen. Polen wird einen Durchgangsweg erhalten, der bis nach Danzig läuft. Diese Stadt wird zu einer freien Stadt gemacht. In Schleswig wird eine Volksabstimmung abgehalten werden. Von Deutschland soll gefordert werden, daß es zu Gunsten der fünf alliierten und assoziierten Mächte auf alle Rechte und Titel, die es bezüglich seiner überseeischen Besitzungen hat, verzichtet. Die meisten dieser Besitzungen werden Kraft eines Mandats des Völkerbundes von einer der großen kolonialen Mächte verwaltet. Deutschland verzichtet auf alle Rechte, die aus der Algeirasakte von 1912 und aus den deutsch-französischen Verträgen von 1900 und 1911 sich ergeben. 15 deutsche Rabel werden den Regierungen der Alliierten und Assoziierten zur Verfügung gestellt.

Berlin, 8. Mai. Der von Reuters veröffentlichte Auszug aus den Friedensbedingungen enthält folgende Angaben: Deutschland tritt an Polen den größeren Teil von Oberschlesien, Posen und die Provinz Westpreußen auf dem linken Weichselufer ab. Die südliche und östl. Grenze

Ostpreußens wird durch Volksabstimmung bestimmt. Danzig wird mit seiner unmittelbaren Umgebung Freistadt. Belgien erhält das streitige Gebiet von Moresnet und einen Teil von Br.-Moresnet. Deutschland verzichtet auf alle Rechte auf Eupen und Malmédy, deren Einwohner sich innerhalb sechs Wochen bedenken können, für welchen Staat sie sich entscheiden wollen. Danach wird der Völkerbund endgültig entscheiden. In einer 50 Kilometer breiten Zone östlich des Rheinflusses darf Deutschland keinerlei Befestigungen oder Streitkräfte enthalten. Das Saarbecken, auf das sich die bereits bekannte Regelung bezieht, erstreckt sich von der Grenze bis St. Wendel und schneidet im Westen bei Saarlouis und im Osten der Stadt Homburg ab. Die Volksabstimmung soll im Osten stattfinden im Regierungsbezirk Allenstein. Ostpreußen soll freien Zugang zur Weichsel haben und den Fluß voll benutzen können. Grundfänglich soll Deutschland zur Regelung aller Schäden, die durch den Krieg entstanden sind, verpflichtet sein. Die Gesamtsumme der Schadenanprüche soll mindestens bis Mai 1921 festgesetzt sein. Innerhalb der nächsten zwei Jahre soll Deutschland 20 Milliarden in Gold zahlen. Zur Sicherung der Durchführung des Friedensvertrages soll das Gebiet links des Rheines und die Brückenköpfe bis Mai 15 Jahre besetzt bleiben. Bei glatter Ausführung der Bedingungen sollen bestimmte Gebietsteile, darunter auch der Brückenkopf bei Köln, bereits nach 5 Jahren geräumt werden, andere Gebietsteile, darunter der Brückenkopf von Koblenz, nach 10 Jahren. Bei früherer Erfüllung sämtlicher Friedensbedingungen wird die Besetzung früher zurückgenommen.

Die Vernichtung der deutschen Handelsflotte.

London, 7. Mai. „Daily Telegraph“ meldet aus Paris, daß gemäß den finanziellen Bedingungen des Friedensvertrages der gesamte bestehende potentielle Reichtum Deutschlands den Alliierten als Entschädigung verpfändet wird. Jedes deutsche Schiff über 1600 Tonnen wird beschlagnahmt. Die Hälfte der Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonnen und ein Viertel der deutschen Fischereiflotte müssen innerhalb zweier Monate ausgeliefert werden, und die deutschen Schiffswerften müssen zum Nutzen der Alliierten arbeiten. — Das ist Englands Tat.

Das ungeliebte Amerika.

New York, 7. Mai. Reuters meldet: Der oberste Friedensrat hat den Vereinigten Staaten alle deutschen Schiffe, die seit Beginn des Krieges in Amerika interniert wurden, zugesprochen.

Beitfische und Zuckerbrot.

Paris, 7. Mai. (Havas.) Der oberste Wirtschaftsrat hielt gestern eine Sitzung ab, die von Lord Cecil präsidiert wurde. Er prüfte die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Abschließung Deutschlands für den Fall, daß sich die deutschen Delegierten weigern würden, die Friedenspräliminarien zu unterzeichnen. Auf Empfehlung der Finanzkommission hat der Rat beschlossen, folgende Erleichterungen eintreten zu lassen: Die schwachen Lizenzen, soweit sie nicht heute schon verschwunden sind, aufgehoben. Die Neutralen sollen die Freiheit haben, Deutschland alle Kredite zu gewähren. Die deutschen Guthaben sollen zur Bezahlung der Einfuhr freigegeben werden. Der Ertrag der deutschen Ausfuhr kann zur Bezahlung der deutschen Einfuhr Verwendung finden. Es kann die Erlaubnis von Goldausfuhr erteilt werden. Diese Beschlüsse sollen den einschlägigen Finanzkommissionen zugestellt werden. Der Rat prüfte darauf nochmals die Frage der Donauschiffahrt. Die Schifffahrt soll unter seine Oberhoheit gestellt werden. — Also wenn wir nicht parieren, geht die Blockade fort, für den Fall, daß wir uns zum Sklavendienst zwingen lassen, wird uns aber die verlockende Aussicht auf Arbeitsmöglichkeit — für die Entente — vor Augen gehalten.

Zur Friedensfrage.

Deutsch-Österreich will der Entente nachgeben.

(W.B.) Wien, 7. Mai. Die unter den Parteien aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten über die Zusammenfassung der Friedensdelegation wegen der Stellungnahme einzelner der vorgeschlagenen Mitglieder in der Anschlussfrage werden von den Blättern besonders eingehend und lebhaft besprochen. Entsprechend dem Standpunkt der christlich-sozialen Partei lehnt auch heute die „Reichspost“ den

gewesenen Minister Klein als Führer der Delegation entschieden ab und erklärt, daß die Nationalversammlung, welche bisher von der auswärtigen Politik so gut wie ausgeschlossen gewesen sei, sich vor eine folgenschwere Verantwortung und sogleich vor die Vertrauensfrage für die Leitung des Staatsamts des Neuhens gestellt habe. Auch eine Anzahl der übrigen bürgerlichen Blätter fordern, daß, nachdem das Verbot des Anschlusses durch die Entente nun einmal feststehe, die verantwortlichen Staatsmänner mit der Tatsache rechnen und sich bei Abschluß des Friedens für Deutsch-Österreich dieser Situation anpassen. Der „Neue Staat“ schreibt: Die Anschlußfreunde und die Anschlußgegner müssen den Streit begraben, den die Geschichte entschieden hat und sich zu gemeinsamer Arbeit für den besten noch möglichen Frieden vereinigen.

Verständigungs-Versuche mit Rußland.

Berlin, 7. Mai. In der heutigen Sitzung des Friedensausschusses betonten die Redner aller Parteien die Notwendigkeit, mit der russischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen. Reichsminister Erzberger verwies darauf, daß das Kabinett ebenfalls auf dem Standpunkt stehe, daß es mit Rußland zu einer Waffenruhe kommen müsse. Die notwendigen Schritte würden unternommen werden. Der „Vorwärts“ begrüßt es, daß die gestrige Sitzung des Friedensausschusses sich für die Notwendigkeit der Wiederanknüpfung zunächst wirtschaftlicher Beziehungen mit Rußland ausgesprochen hat. Die Redner aller Parteien seien einig darin gewesen, auf die Wiederherstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses, zunächst eines Handelsverkehrs und wenn möglich einer Waffenruhe, das allergrößte Gewicht zu legen. Das Blatt sagt: Wir wollen keine Verbrüderung mit dem Bolschewismus, sondern ein freundschaftliches auf gegenseitige wirtschaftliche Befruchtung zielendes Verhältnis mit dem russischen Volk. Wir sind durchdrungen von der Ueberzeugung, daß damit ein hoher Nutzen sowohl für das deutsche wie für das russische Volk erzielt werden kann.

Die dänischen Ansprüche.

Kopenhagen, 6. Mai. Der dänische Verteidigungsminister Munch hat sich gestern in einer Versammlung folgendermaßen über die nord-schleswigsche Frage ausgesprochen. Die Lösung der dänischen Grenzfrage bietet nicht die Schwierigkeiten wie die Grenzfragen, die in gewissen anderen Ländern die Leidenschaften in Bewegung setzen. Von allen Grenzfragen, die gegenwärtig in Paris und Versailles erörtert werden, ist sie wohl am leichtesten zu lösen. Wir haben Grund auf Bereitwilligkeit zur Erfüllung der Wünsche des dänischen Volkes zu rechnen, und darüber ist kein Zweifel, das dänische Volk besteht auf den Forderungen, die die gleichen wie nach 1864 sind und die Dänen nördlich und südlich der Königsau vereinigt haben. Wir wünschen uns das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das nun sowohl von den Siegern wie von den Besiegten verkündet wird. Unsere Wünsche gehen dahin, daß die Grenze nach dem Willen der Grenzbevölkerung gezogen wird. Wir wünschen nur Gebiete, wo die Bevölkerung ehrlich dänisch denkt und fühlt, mit Dänemark zu vereinigen, aber nicht mehr. Wir wollen keine Bevölkerung dadurch anlocken, daß wir ihr augenblickliche ökonomische Vorteile in Aussicht stellen. Wir legen keinen Wert darauf, daß Leute, deren Herzen in Deutschland bleiben, dänisch werden. Die, welche sich uns nicht national angeschlossen fühlen, müssen da bleiben, wo sie hingehören. Die schleswigsche Frage muß heute gelöst werden. Sie darf nicht von Sünden her über unsere Grenzen geschleppt werden. Das neue Dänemark muß ein reines Land sein, von Dänen bewohnt. Das nationale Einheitsgepräge, das unsere Stärke ist, muß gewahrt werden. Nur dadurch werden die Bedingungen geschaffen, um die Lösung, die nahe bevorsteht, dauernd und endgültig zu machen.

Rumänischer Uebermut.

Budapest, 7. Mai. Auf Ansuchen der ungar. Räte-Regierung um Waffenstillstand hat der rumänische General Madarescu den Entwurf eines Uebereinkommens übermitteln lassen, welches die sofortige Entwaffnung und Abziehung aller den Rumänen gegenüberstehenden ungarischen Streitkräfte, die spätere Entwaffnung aller ungar. Streitkräfte und die Uebergabe aller Kriegsmaterials, wie Schießbedarf und Lebensmittel und das gesamte Eisenbahnmateriale, welches im Frieden zwischen Theiß und der ehemaligen ungarisch-rumänischen Grenze verkehrte, und des in Rumänien erbeuteten Eisenbahnmateriale, d. h. zusammen 1800 Lokomotiven, 4100 Personenwagen und 67000 Güterwagen, endlich von Schiffsfahrtsmaterial, Panzerzügen und Kraftwagen vorsieht. Ferner sollen sämtliche Kriegsgefangenen und bürgerlichen Geiseln und die von den zurückgehenden Truppen weggeführte Bevölkerung binnen 10 Tagen nach Unterschrift des Uebereinkommens ausgeliefert werden. Bis zur Durchführung des Uebereinkommens werden rumänische Truppen am rechten Ufer der Theiß 20 Kilometer tiefe Brückenköpfe beziehen. Die Durchführung des Uebereinkommens wird eine rumänische Mission in Budapest mit voller Exterritorialität überwachen. Angesichts dieser Bedingungen soll die ungarische Räte-Regierung zum Kampf bis zum Neuesten entschlossen sein. Die Ungarn sind besonders darüber empört, daß die Rumänen einen ungarischen Parlamentarier mit samt seinem Kraftwagen zurückbehalten haben.

China will Klautschau zurück.

Paris, 7. Mai. (Havas.) Der Führer der chinesischen Delegation bei der Friedenskonferenz, der Innenminister Lou Tsing Tsiang hat bekanntgegeben, daß die chinesische Delegation beim Dreier-Vertrag gegen die Regelung der Frage von Klautschau zu Gunsten Japans protestiert hat. Der chinesische Minister ist der Ansicht, daß der Dreier-Vertrag seine Entscheidung widerrufen wird, wenn er wirklich einen gerechten und dauerhaften Frieden herstellen will.

Bermischte Nachrichten.

Keine deutschen Kellner mehr in Paris.

Das Generalinspektorat der Pariser Hotelindustrie hat beschlossen, daß in Zukunft kein Deutscher und keine Deutsche in

Antikliche Bekannmachungen.

Als Vertrauensmann der landw. Berufsgenossenschaft für den württ. Schwarzwaldkreis ist für die Gemeinde Liebelberg

Landwirt Karl Hanselmann, und als dessen Stellvertreter

Gemeinderat Friedrich Kometsch bestellt worden.

Calw, den 7. Mai 1919.

Versicherungsamt: Oberamtmann G. S.

Mahl-Zettel

zu den Gemeinderats-Wahlen erhalten Sie noch rechtzeitig von der Druckerei dieses Blattes.

französischen Hotels und Restaurants angestellt werden soll. Da aber hiebei ein fühlbarer Mangel an Personal entsteht, sollen zur Ausfüllung der Lücken Kellnerinnen angestellt werden, die bisher in Frankreich sehr selten waren. Zu diesem Zweck ist jetzt in Paris eine Kellnerinnenschule errichtet worden, die mit einer Stiftung verbunden ist, aus deren Zinsen besonders geeigneten Schülerinnen Gelegenheiten geboten werden soll, sich in England, Amerika, Italien und Spanien auszubilden, nicht aber in Deutschland.

Lebensmittelkarten in England aufgehoben.

Amsterdam, 7. Mai. Eine Mitteilung des englischen Ernährungsministers erklärt, daß die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung Englands überwunden seien und daß sämtliche Lebensmittelkarten für England als aufgehoben gelten. Die Ernährung der Bevölkerung sei soweit gesichert, daß zum freien Verkauf aller Bedarfsartikel und Lebensmittel übergegangen werden könne. Augenblicklich herrsche in England lediglich noch ein gewisser Mangel an Zucker und Fett.

Die englische Menschlichkeit.

Amsterdam, 5. Mai. „Daily Herald“ vom 3. Mai meldet, daß die Rücksichtslosigkeit des englischen Home Office gegen abziehende Ausländer so weit gehe, daß die Ausgewiesenen nicht einmal von ihren Frauen und Kindern Abschied nehmen dürften, obgleich diese Ausländer schon seit langen Jahren in England lebten und in vielen Fällen ihre englischen Frauen in England lassen mußten. Keinem von ihnen werde gesagt, wohin er gebracht werde. — Das Blatt protestiert gegen dieses tyrantische Vorgehen und hofft, daß die Gewerkschaften bei brutaler Verfolgung von Leuten, die nichts Böses begangen hätten, ein Ende machen.

Deutschland.

Immer noch unsichere Verhältnisse in München.

München, 7. Mai. Die Erbitterung über den Gesehmord, sowie über den heimtückischen Widerstand der Spartakisten haben zu einem verabscheuungswürdigen Verbrechen geführt. Am Abend des 6. Mai fand, entgegen den bestehenden Anordnungen über das Versammlungsverbot, eine Versammlung von circa 30 Personen im Norden der Stadt statt. Die Versammlung wurde durch Streikposten aufgelesen, die Bewaffneten inhaftiert und in das Gefängnis am Karolinenplatz geführt. In dieses drang gegen 9 Uhr abends eine Truppe bewaffneter bayerischer Soldaten ein. Es kam zu einer Schießerei, bei der diese bayerischen Truppen im Glauben, Spartakisten vor sich zu haben, 21 Personen töteten. Die Schuldigen wurden verhaftet. Die kriegsgerichtliche Untersuchung ist im Gange und liegt in der Hand der 2. Gardebataillon. Die Generale Dren und Mühl bedauern auf das Lebhafteste diesen Ausbruch einseitiger Leidenschaft. Sie haben scharfen Befehl erlassen, daß jeder Soldat, der eine unrechtmäßige Erschießung vornimmt, als Mörder behandelt und erschossen wird. Andererseits ist das Verbrechen ein erneuter Beweis dafür, daß so schwierige und verantwortungsvolle Aufgaben, wie sie hier zu lösen sind, nur eine durch eiserne Disziplin gestiftete und fest in der Hand ihrer Offiziere befindliche Truppe erfüllen kann.

Bamberg, 7. Mai. Wie aus München gemeldet wird, sind dort in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch neue Kämpfe ausgebrochen. Die Gefahr neuer Putschs ist noch keineswegs beseitigt, zumal die Zuverlässigkeit verschiedener Truppenteile der Münchener Garnison in letzter Zeit sehr zu wünschen übrig ließ. Aus Papieren, die von den Regierungstruppen beschlagnahmt wurden, geht hervor, daß die noch in Freiheit befindlichen Führer des Aufstandes den Widerstand der Kommunisten neu zu organisieren bemüht sind.

Ein schreckliches Mißverständnis.

München, 7. Mai. In der entsetzlichen Übung von 21 Unschuldigen erfährt die Bayerische Staatszeitung, daß es sich um einen kath. Gesellenverein in der Mag.-Vorstadt handelt. In der Meinung, daß es bei dem allwöchentlichen Gesellschaftsabend genüge, wenn sich die Mitglieder, meist junge Leute, um 9 Uhr nach Hause begeben, war die Zusammenkunft entgegen den Bestimmungen der Stadtkommandantur nicht angemeldet worden. Den Regierungstruppen war gesagt worden, in dem Heim des Gesellenvereins tagen Spartakisten, wenn die Truppen voringen, müßten sie äußerst vorsichtig sein, da die Versammelten im Besitze von Maschinengewehren seien. Die Regierungstruppen übermühten die Anwesenden mit dem Rufe „Hände hoch!“ Die jungen Leute, viele davon waren erst vom Felde zurückgekehrt, mußten mit über dem Kopf gekreuzten Armen den Weg zum Hastlokal am Karolinenplatz antreten. Absichtlich war von unbekanntem Elementen verbreitet worden, daß die eingelieferten Spartakisten seien. Dadurch wurden auch bayerische Soldaten aufgehetzt, die wegen der noch immer gegen die Regierung-

truppen verübten Mordtaten empört waren. Sie drängen in das Gefängnis ein und haben 21 der Verhafteten erschossen. Mehrere entkamen blutüberströmt und mit Stichen, die von Bajonetten herübertrugen, sie ließen sich zum Teil in einer Sanitätsstation verbinden, teils eilten sie zur Polizei, um Kunde von dem schrecklichen Geschehnis zu machen.

Die Unsicherheit in Berlin.

(W.B.) Berlin, 3. Mai. Als gestern nachmittags Polizeibeamte gegen wilde Straßenhändler und Glücksspieler am Andreasplatz einschritten und mehrere Verhaftungen vornahmen, wurden sie von lichtscheuem Gesindel verfolgt und mit Steinen beworfen. Trotz mehrerer Schreckschüsse der Beamten Menge dieser bis zum Polizeirevier in der Marziliusstraße, um die Verhafteten zu befreien. Bis zum Eintreffen von Verstärkungen, die die Ordnung wiederherstellten, hielten die Beamten des Reviers gegen die Menge stand, die vier Beamte durch Schüsse und Steinwürfe verletzete. Die Verluste der Angreifer sind unbekannt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 8. Mai 1919.

Aufhebung der Beschränkungen im Güterverkehr.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen teilt mit: Die Beschränkungen des Güter- und Güterzugsverkehr in Württemberg sind mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden.

Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände.

Nach dem Vorbild der Verbandsleitungen haben sich auch die württ. Landesverbände und Gliederungen der kaufmännischen Organisationen „zum Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände, Landesverband Württemberg.“ (G. K. A.) zusammengeschlossen, um geeignete Fragen gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Charaktere gemeinsam zu bearbeiten. Der G. K. A. ist dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der neben Angestelltenverbänden auch Arbeiterorganisationen umfaßt, angegliedert. Dem G. K. A. gehören an: Deutscher nationaler Handlungsgehilfen-Verband; Kaufmännischer Verein von 1858; Verband Deutscher Handlungsgehilfen; Deutscher Bankbeamten-Verein; Verein der deutschen Kaufleute; Kaufmännischer Verein für weibliche Angestellte in Handel und Gewerbe.

Bauarbeiter- und Zimmererversammlung.

Am Mittwoch abend fand im „Badischen Hof“ wiederum eine Bauarbeiterversammlung statt. Sekretär Buchmann (Pforzheim) vom Deutschen Bauarbeiterverband referierte über „Die Lohnfrage“. Eingehend sprach er über die Ursache der allgemeinen Teuerung, darauf erklärte er eingehend den neuen Reichstarif für das Baugewerbe, die wichtigsten Bestimmungen desselben hervorhebend. Auf die Ausführungen über die Lohnfrage setzte eine Aussprache ein, und wurden verschiedene Vorschläge gemacht, ebenso wurden andere Angelegenheiten eingehend von den Anwesenden besprochen. Sodann wurde eine Kommission gewählt, die die weiteren Schritte unternimmt. Sekretär Buchmann forderte nochmals auf, die Organisation weiter auszubauen, Laueheit ist heute nicht mehr am Plage und räche sich bitter. Kollege G. Hämmerle (Pforzheim) vom Deutschen Zimmererverband behandelte die verschiedenen Fragen des Reichstarifs, die für die Zimmerer in Betracht kommen, auch die Zimmerer müssen alle der Organisation beitreten. Darauf wurden die Delegierten für das zu gründende Gewerkschaftsstatell gewählt.

Fußballsport.

Mit Frühlingserwachen beginnt wieder der Sport. Am verfloßenen Sonntag fand in Hirsau ein Fußballwettkampft statt. Der Fußballverein „Alte Handelschule“ kämpfte gegen Liebenzell. In Körperformen waren die Liebenzeller überlegen, an Spielfertigkeit jedoch die Handelschüler, so daß sie den Sieg errangen mit 7:2. Das Spiel bot verschiedene schöne Partien. Bei den Liebenzellern hauptsächlich ließ die Spielart zu wünschen übrig, so daß zwei Handelschüler wegen schwerer Beinverletzung nach Hause gefahren werden mußten. Nichtsdestoweniger zeigte das Spiel der Handelschüler, daß vernünftiger und ordentlicher Fußballsport Willen und Körper stählt und vor den viel geringeren Entgleisungen bewahrt. Mögen sie auch weiter dazu beitragen, den Fußballsport zu heben und durch ihr korrektes Spiel die üblen Nachreden des Fußballsports widerlegen! „Wiel Glück!“ zur neuen Fahrt.

Kirchliche Versammlung. (Schluß.)

Stadtpfarrer Sandberger (Liebenzell) nahm ebenfalls dagegen Stellung, als ob irgend ein Pfarrer gegen die Gemeinschaftskreise sich ablehnend verhalte. Er selbst habe zu den Gemeinschaftskreisen stets freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Aber es sei nicht zu leugnen, daß auch eine sehr große Zahl von Mitgliedern vorhanden sei, die nicht zu den Gemeinschaftskreisen zähle. Die Entstaatlichung der Kirche halte er für ein Glück, denn viele Glieder unseres Volkes seien Kirchenfeinde gewesen, nicht weil sie religionslos gewesen seien, sondern weil sie Gegner der bestehenden Staatsordnung gewesen seien. Diese der Kirche freundlich Gesinnten gelte es, wieder zurückzuführen. Auch in der Kirche müsse ein der neuen Zeit entsprechender demokratischer Zug eingeführt werden. Die Gemeinde müsse mehr aktiv teilnehmen an den Aufgaben der Kirche, den Gemeindegliedern müßte aber auch ein größeres Recht eingeräumt werden, nicht nur in abnehmendem, sondern auch in positivem Sinne; es solle der Gemeinde bezüglich der Pfarrwahl ein Wunschrecht eingeräumt werden. Das Interesse des Pfarrstandes müsse aber auch gewahrt werden; in ein Abhängigkeitsverhältnis dürfe der Pfarrer nicht kommen. Die Bestrebungen des Evangelischen Volksbundes sollten sich mehr ausbreiten. In außerkirchlichen Versammlungen sollen die Gemeindeglieder zusammenkommen und hier den Laien auch Gelegenheit zur Aussprache gegeben werden. Die kirchlichen Bezirksversammlungen (früher Bezirkslandversammlungen), die ehemals ein lässliches Dasein geführt hätten

drängen in das
hoffen. Mehrere
Bajonetten her
ation verbinden,
schlichen Gefch-

mittags Polizeia
üchspiele am
ungen vornah
folgt und mit
e der Beamten
in der Marz
zum Eintref
iederherstellen,
enge Stand, die
chte. Die Ver

8. Mai 1919.
terverkehr.
nen teilt mit:
ugsverkehr in
hoben worden.
enverbände.
en sich auch die
mischen Organi
Angestellten-Ver
ammengeschoffen,
stlichen Charak
n Deutschen Ge
ch Arbeiterorga
en an: Deutsch
cher Verein von
utischer Bankbe
Kaufmännischer
erbe.

ung.
"Hof" wiederum
Buchmann
and referierte
der die Ursache
eingehend den
ichtigsten Be
Ausführungen
und wurden
n andere An
esprochen. So
weiteren Schritte
mats auf, die
ute nicht mehr
Hämmerle
verband befan
s, die für die
rer müssen alle
ie Delegierten
ählt.

Sport. Am
Fußballwettpiel
"u Le" kämpfte
en die Lieben
Handelschüler,
Spiel bot ver
n hauptsächlich
zwei Handels
aufe gefahren
as Spiel der
er Fußballport
gerügten Ent
azu beitragen,
tes Spiel die
"viel Glück!"

zen, müßten mit ganz andern Rechten ausgestattet werden. Es sei selbstverständlich, daß bei der Bedeutung der kirchlichen Landesversammlung jetzt die verschiedenen Richtungen sich bemühen, Vertreter herein zu bekommen. Aber die Bestrebungen sollten nicht in dem Sinne durchgeführt werden, daß man darum kämpfe, ob die oder jene gewinnen. Gegen den Vorwurf, daß es Pfarrer gäbe, die nicht auf dem Boden des Wortes Gottes stehen, er Einspruch ein, er könne überhaupt nicht verstehen, daß man die Menschen in Gläubige und Ungläubige teile. Die Beziehungen der Gemeindeglieder müßten im Geiste der Persönlichkeit und Duldsamkeit geregelt werden. Man sei jetzt mehr denn je aufeinander angewiesen. Alle Kräfte der Kirche müßten mobil gemacht werden, einer müsse dem andern Zutrauen schenken, denn es handle sich doch um ein ehrliches Suchen und Wollen nach einem Ziel, wenn auch auf verschiedenen Wegen.

Pfarrer Hornberger von Zwerenberg erinnerte an einen Glaubensgenossen, der um Jahre 1620 hier gewirkt hat, Johann Wessertin Andree, und der die Bedeutung des Christentums in seinem lebendigen Wirken erblickt habe. Es handle sich heute um die Rückgewinnung verlorenen Bodens, um die Hebung des religiösen Lebens innerhalb eines durch den Krieg verwahrlosten Volkes. Die heilige Schrift müsse unangetastet bleiben. Der Gebrauch der Sakramente sei stark im Rückgange; hier werde zunächst einzusehen sein. Es müsse an der Gnadengegenwart Jesu, als der Leben gebenden und schaffenden festgehalten werden. Die irdischen Lebensformen seien für die Kirche zunächst gleichgültig. Das Recht der Mitarbeit soll den Gemeindegliedern zugestanden werden; wenn einer dieses Recht in Anspruch nehme, so habe er das mit seinem Gewissen abzumachen, ob er dazu innerlich berechtigt und befähigt ist. Er anerkenne das Recht des allgemeinen Priestertums, aber es sei ein Recht, das vom Herrn selbst gegeben sei. Die Volkstirche müsse erzieherisch wirken im Sinne Jesu. In den tiefinnerlichsten Fragen der Lehre Jesu sei es nicht gleichgültig, auf welchem Boden man stehe, die Kirche brauche Gläubige und nicht Halbgläubige. Die lebendigen Glieder der Kirche seien immer in der Minderheit gewesen. Der bestimmten Wahrheitsnormen Christi müsse die Kirche sich aber bewußt bleiben, denn sie würden das Leben erhalten. — In persönlicher Beziehung bemerkte der Redner etwaigen Bedenken gegenüber, daß er jetzt nach Korntal ziehe, die Bedürfnisse des Calwer Bezirks habe er ja genügend kennen gelernt, seine Beziehungen würden auch aufrechterhalten bleiben, und von Korntal aus werde er eher Gelegenheit haben, an der Landesversammlung teilzunehmen.

Der Vorsitzende betonte, daß die Kirche selbstverständlich nur solche Geistlichen haben wolle, die das Wort Gottes verkündigen. Ueber die Wahl selbst bemerkte er, daß sie in Calw am 1. Juni stattfindet, vom Schluß des Vormittagsgottesdienstes an bis nachmittags 3 Uhr. Wahlberechtigt seien alle 25 Jahre alten, geschäftsfähigen Mitglieder der Kirche beiderlei Geschlechts. Das Wahlrecht ruhe bei solchen, die ihre Tauf- und Konfirmationspflicht erfüllt hätten, die also ihre Kinder nicht taufen und konfirmieren haben lassen. Er machte den Vorschlag, alle 5 Bewerber auf einen Zettel aufzustellen, so daß der Wähler nur die ihm nicht genehmen Bewerber bis auf 2 — einen geistlichen und einen weltlichen —

hätte zu streichen gehabt. Die Vertreter der Gemeinschaftskreise haben aber einen eigenen Stimmzettel ausgegeben, um wie von dieser Seite dazu erklärt wurde, den Wählern die Sache zu erleichtern. Damit wolle kein Gegensatz konstruiert werden. Von anderer Seite wurde jedoch darauf hingewiesen, daß, wenn das auch nicht beabsichtigt sei, der besondere Stimmzettel in der Wirkung doch als gewisse Propaganda betrachtet werden müsse, was mit dem Geist eines harmonischen Zusammenwirkens nicht vereinbar sei. Stadtpfarrer Sandberger erklärte noch, daß im Pfarrverein ebenfalls der Wunsch zum Ausdruck gekommen, daß der Pfarrer von dem Amt des geschäftsführenden Vorstandesmitglied im Ortsratrat entbunden werde, und ebenso habe man sich gegen die doppelte Beaufsichtigung des Religionsunterrichts ausgesprochen, so daß auch der letzte Rest von Gegensätzen zwischen Pfarrer und Lehrer schwinden werde.

Ein großer Erfolg für die Kriegsbeschädigten und Kriegs-Hinterbliebenen.

Gemeinsam mit den anderen Kriegsbeschädigten-Organisationen hatte der Rhythhüser-Bund der deutschen Landes-Kriegerverbände nachstehende Forderung an die Reichsleitung gestellt: 1. Sofortige Inangriffnahme der Bearbeitung des neuen Mannschafts- und Hinterbliebenenversorgungsgesetzes durch eine besondere Kommission der beteiligten Zentralbehörden und der Kriegsbeschädigten- und Kriegs-Hinterbliebenen-Organisationen. 2. Bis zum Inkrafttreten dieser Gesetze sofortige wesentliche Erhöhung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. 3. Nachträgliche Gewährung von Entlassungsanträgen und der sonstigen Entlassungsgebühren alle vor dem 9. November 1918 entlassenen Kriegsbeschädigten. 4. Sofortige Inangriffnahme eines Gesetzes zur Schaffung eines wirklichen Einstellungszwangs. 5. Beschleunigung der Wohnungsfürsorge durch Schaffung von Notstandsbezirken, Inangriffnahme von Wohnungsbauten und Prüfung der Frage der Zivileinquartierung. 6. Bereitstellung ausreichender Reichsmittel für die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge. Zur Unterstützung dieser Forderungen fand am 27. April im ganzen Reich eine Kundgebung durch Versammlungen und durch Telegramme an die Reichsleitung statt. Auf Einladung des Reichsministeriums, das von dieser Kundgebung Kenntnis hatte, fand vorher eine Besprechung der Fürsorgeorganisationen und zwar des Rhythhüser-Bundes der deutschen Landes-Kriegerverbände, des Befrens-Verbandes und des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, mit mehreren Ministern und Vertretern von Ministerien unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Scheidemann statt, in deren Verlauf weitgehende Zugeständnisse von der Reichsregierung versprochen wurden. Es ist nicht zu bezweifeln, daß das Reichsministerium die berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten soweit erfüllen wird, als es die Umstände und die Finanzen des Reiches irgendwie erlauben. In wie großzügiger Weise die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene von der Regierung aus wahrgenommen wird, zeigt die Gründung der neuen Abteilung im Reichsarbeitsministerium, die sich mit diesen Fragen zu beschäftigen hat, sowie die neuerliche Bewilligung von 25 Millionen Mark für eine Entlassungszulage.

Heranziehung des Handwerks zu den staatlichen Arbeiten.

Das Kriegsministerium teilt uns mit: Durch Verfügung des Württ. Arbeitsministeriums sind nach Verständigung mit dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Verkehrsabteilung, des

Innen und der Finanzen die staatlichen Behörden angewiesen worden, die handwerksmäßig herzustellenden Arbeiten vorzugsweise an Handwerkervereinigungen zur Vermittlung der Handelskammer oder ihrer Wirtschaftsstellen zu vergeben. Im Interesse der Handwerker hat auch das Kriegsministerium genehmigt, daß über die Demobilisierungs- und Uebergangszeit auch die im Bereich der Württ. Heeresverwaltung anfallenden handwerksmäßig herzustellenden Arbeiten entsprechend der in Nr. 13 des Staatsanzeigers für Württemberg vom 17. 1. 1919 bekanntgegebenen Verfügung des Arbeitsministeriums vergeben werden.

Mitmaßliches Wetter am Freitag und Samstag.

Die Wetterlage ist immer noch unverändert. Am Freitag und Samstag ist wechselnd bedecktes und aufheitendes, aber vorherrschend trockenes und ziemlich mildes Wetter zu erwarten.

Keine württ. Finanzaktion im Ausland.

Stuttgart, 6. Mai. Zu den verschiedentlich auftretenden Gerüchten über eine angebliche Aktion der württ. Regierung oder württ. Finanzkreise im neutralen Ausland, unabhängig vom Reich Devisen zu schaffen, zur Befriedigung der württ. Einfuhrbedürfnisse, erfahren wir von zuständiger Seite, daß diese Nachrichten völlig aus der Luft gegriffen sind. Die Staatsregierung wird niemals eine den Gesamtinteressen des Reichs widersprechende Finanzaktion im Ausland unternehmen, oder auch nur unterstützen.

Deckensprom, 6. Mai. Am Samstag abend hat unter Leitung des Ortsvorstehers eine sehr stark besuchte Versammlung der Landwirtschaft treibenden Einwohner stattgefunden. Nach Vortrag über Zweck und Ziele eines Landw. Ortsvereins wurde ein Ortsverein gegründet, dem 171 Mitglieder beitraten. Es wurde einmütig hervorgehoben, daß ein Zusammenschluß dringend nötig ist, damit nicht gerechtfertigten Eingriffen geschlossen entgegen getreten werden kann. Als Obmann wurde gewählt Christian Gottlob Luz, Bauer und als Stellvertreter Jakob Dongus, Bauer.

Leonberg, 7. Mai. Karl Huber aus Höfingen, zurzeit Assistent bei der Stuttgarter Polizeidirektion, wurde zum Stadtpfänger gewählt. — Am letzten Sonntag haben sich von den acht Bewerbern um die Stadtschultheisenstelle fünf Kandidaten der Einwohnerschaft vorgestellt; es sind dies: Schultheiß Lachenmaier von Gerlingen, Registrar Fritz Winkler aus Stuttgart, Schultheiß Funk von Nohracker, Stadtschultheiß Gottlob Fischer von Waldenbuch und Notariatspraktikant Theophil Bosler von Waldenbuch.

Stuttgart, 7. Mai. Gegen die in der Villa Berg untergebrachte Wache der S. R. wurde vergangene Nacht eine Handgranate geschleudert, worauf die Wache mit Maschinengewehrfeuer erwiderte. Verletzt wurde niemand, der Täter ist entkommen.

St. G. Geislingen a. St., 6. Mai. Am letzten Sonntag haben sich die Bewerber um die Stadtvorstandsstelle in der Turnhalle hier und im Saalbau in Allenstadt vorgestellt. Ursprünglich waren es 15 Kandidaten, von denen noch 5 übrig geblieben sind. Einer befindet sich noch zurzeit auf dem Rückmarsch vom Schwarzen Meer; die vier anderen, die am Sonntag ihr Wahlprogramm vor der zahlreich erschienenen Bürgerschaft vortrugen, sind: Dr. Ing. Esslich-Stuttgart, Rechtsanwalt Dr. jur. Fischer-Geislingen, Diplomingenieur und Regierungsbaumeister Heinz-Stuttgart, zurzeit bei der technischen Wt. des Arbeitsministeriums und endlich Amtmann Mailänder-Stuttgart.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seltsmann, Calw. Druck und Verlag der A. Hülshäger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.

Der Mai-Zucker sowie die auf Buttermarke bestellte Butter können gekauft werden. Buttermarke V vom April konnte nicht beliefert werden.

Die Benachrichtigungskarten über die Aufnahme in die Wählerlisten zur Gemeinderatswahl

Am 25. Mai 1919 kommen heute durch die Post zum Versand. Wahlberechtigte, welche keine Karte erhalten, laufen nicht in der Wählerliste und wollen daher bis spätestens Freitag, den 16. Mai 1919 (solange die Wählerlisten zur öffentlichen Einsicht aufgelegt sind), ihre Aufnahme beim Stadtschultheißenamt während der Kanzleistunden beantragen. Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Buchanreißig

In mehreren Losen im öffentlichen Aufsteich zum Verkauf. Zusammenkunft beim Schiff. Den 7. Mai 1919. Stadtschultheißenamt: Göhner.

Lüchtiges Mädchen

welches perfekt kochen kann und Hausarbeit mit übernimmt wird bei hohem Lohn gesucht. Frau Eugen Rothschild, Bfrozheim, Erbprinzenstraße 20.

Monatsfrau

zur Mithilfe im Haushalt. Professor Kaiser, Markt- platz 69 II.

Bezirks-Verein für Geflügelzucht.

Diejenigen Mitglieder, welche dieses Jahr Junggeflügel über den eigenen Bedarf aufzuziehen beabsichtigen und sich um Aufzuchtprämien bewerben wollen, ersuche ich, mir ihre Anmeldungen bis spätestens 20. Mai zugehen zu lassen, damit die nötigen Anmeldebformulare bestellt werden können. — Gleichzeitig mache ich auf das in Nr. 17 der Südb. Tierbörse veröffentlichte Rezept zur Selbsterstellung eines Rückenfutters aufmerksam. Auch wird „Wittin“, ein zur Rückenfutterbereitung geeignetes Backfutter in nächster Zeit hier zu haben sein.

Wiedewahl nicht annehme.

Paul Rau.

Mädchen,

Alter 16-20 Jahre, für Küchenarbeiten sofort oder 1. Juni gesucht. Bezahlung und Behandlung gut. Vereinsstafschhaus, Stuttgart, Färberstr. 4.

Mädchen-Gesuch.

Suche für sofort ein tüchtiges älteres Mädchen für Haus und Garten bei hohem Lohn, sowie ein 14-15jähriges Laufmädchen. Angebote mit Zeugnissen erbeten an Fremdenheim Großmann, Wildbad.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. -Hinterbliebenen.

In Bad Teinach findet am Sonntag, den 11. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zum „Lamm“ eine öffentliche Versammlung statt. Referent: M. Bernhardt, Calw. Thema: „Ziele d. Reichsbundes u. seine Forderungen an den Staat.“ Die Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer, Kriegserwitwen und Kriegshinterbliebenen von Bad Teinach, Station Teinach, Liebelsberg, Schmied, Emberg, Jandelstein, Lügenhardt und Sonnenhardt werden hierzu eingeladen und wird vollständige Beteiligung aller oben genannten bestimmt erwartet. Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und -Hinterbliebenen. J. W. M. Bernhardt, Calw.

Sie wissen,

daß eine Geschäftsleitung, die glaubt, jetzt in der Uebergangszeit die Anzeigenreklame entbehren zu können, in einem Irrtum befangen ist. Wenn sich auch das Aussehen der Reklame nicht sofort bemerkbar macht, so wird sich doch in absehbarer Zeit ein Teil der Stammkundschaft verlaufen; neue Kundschaft ist keine hinzugekommen, da die werdende Kraft der Anzeigen fehlte.

Strohhüte f. Herren, Knaben u. Kinder

Mädchenhüte, schön garniert
Feldhüte für Frauen und Männer
Grösste Auswahl. Ausserst mässige Preise.

Wilhelm Schäberle,
Hut- und Mützenlager neben dem Rathaus.

Maifensbach, den 7. Mai 1919.



Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, insbesondere denen, die während der langen, schweren Krankheit meines lieben, treubestorgten Mannes

Jakob Bolle

fürbittend vor dem Gnadenstern für uns eingestanden sind, sowie auch für alle erwiesene Liebe bei der Beerdigung spreche ich auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank aus.

Die tieftrauernde Gattin:
Barbara Bolle, geb. Lörcher.

Kola-Lecithin-Tabletten

Stärkung des Nervensystems, ärztl. anerkannt.
1 Schachtel mit 100 Tabl. M. 3.50
5 Schachteln „ 100 „ 16.50
Wunderbalsam, Hienfong, Schachtelplaster, sowie sämtl. thür. Spezialit. liefert in bester Qualität zu billigsten Preisen
Verbandgeschäft Schwarzwald, Freudenstadt.

Bad Liebenzell! Achtung!

Um vielen Mißverständnissen vorzubeugen, teile ich der verehrl. Einwohnerschaft von hier und Umgebung mit, daß ich mein

Baugeschäft in unveränderter Weise weiterführe.

Hochachtungsvoll
Georg Mater, Bauunternehmer.
Ebenfalls selbst kann ein ordentlicher kräftiger Junge eintreten.

Ein bereits neuer
Stehpult
ist wegen Entbehrlichkeit zu verkaufen.
Salzgasse 65.

Neue Verzeichnisse
der Fernsprechanstalten
sind im Kontor des Blattes, das Stück zu 50 Pfennig, zu haben.

la. Toilettenseife

wieder eingetroffen.
Friseur Odermatt,
Bahnhofstrasse.

Einen entbehrlichen Rest
Wicken
hat abgegeben.
Schürle, Speghardt.

Stahlspäne
Mayers Boden-
wische
Bodenöl
Möbelpolitur
Bugbürsten
Bugtücher
Sorgobesen
alle Sorten
Stofffarben,
Vorhangcreme,
Stärke-Erfas
empfiehlt
R. Ditto Vincon.

Ein Automaten-

Grammophon

für Wirtschaften geeignet, hat mit Platten zu verkaufen
Eugen Holzäpfel,
Bad Liebenzell.

Wer verkauft oder vertauscht eine ganze
Violine gegen
Mandoline.
Näheres erteilt die Geschäftsstelle des Blattes.

Eine neue Schlafzimmer-

Einrichtung

verkauft
Siegel, Hirfau
Bäderei Volz.

Verkauf am Montag, den 12. Mai vormittags 9 Uhr
1 Bienenstand,
6 Meter lang, kann in der Mitte geteilt werden, eignet sich auch zu einer Holzütte, sowie zwei leere

Doppelkästen
und **1 Dreibeuter,**
2 etagig, doppelwandig, alt würt. Maß.
Gottfried Wollmershäuser
Bahnwärter a. D.
Althengstett.

Einen bereits neuen
Britischenwagen
für ein Pferd verkauft.
Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Die Schutztruppen-Brigade

Division Lettow

des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps

sucht deutsche Männer

die bereit sind, das Vaterland gegen alle inneren und äußeren Feinde zu verteidigen. Jeder, der sein Vaterland liebt, melde sich. Die Gefahr ist groß, die Lage zu ernst. Was nützt die persönliche Arbeit daheim, wenn das Vaterland zugrunde geht? Die Schutztruppen-Brigade fordert in erster Linie alle ehemaligen Afrikaner und Auslandsdeutsche zum Eintritt in ihre Reihen auf. Die Schutztruppen-Brigade bleibt hier in Deutschland. Sie will die Tradition der von unseren Afrikanern in vierjährigem schweren Ringen gegen eine Uebermacht von Feinden vollbrachten Heldentaten pflegen. Auch jeder andere gute Deutsche jeden Standes, der gewillt ist, in demselben Geiste seiner Heimat zu dienen, komme zu uns.

Benötigt werden erfahrene Hauptleute als Kompagnieführer, Oberleutnants und Leutnants, bewährte Unteroffiziere und Mannschaften, besonders I. M.-G., Schw. M.-G., I. M.-W., Nachrichten-Personal, Feldartilleristen, Pioniere, Sanitätsmannschaften, Handwerker, Schreiber, Pferdepfleger usw. Auch kriegsbeschädigte Unteroffiziere und Mannschaften werden eingestellt.

Bedingungen: Mobile Löhnung, 5 Mark tägliche Zulage, freie Verpflegung, Bekleidung, Unterkunft, Unterstützungsansprüche nach den Kriegsgesetzen.

Abzeichen: Löwenkopf am linken Aermel.
Meldungen: schriftlich oder mündlich (möglichst Militärpapiere mitbringen) an die

Schutztruppen-Brigade, z. Bt. Süterbog, Neues Lager
oder
Werbezentrale Berlin-Charlottenburg, Am Rnie,
Hotel Fürst Bismarck.

Ruhige Familie aus dem Elsass (3 Pers.) sucht in Calw bessere 3-4 Zimmer-

Wohnung

auf 1. Juni oder früher.
Angebote unter W. 6 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Junger, solider Bürogehilfe sucht für sofort ein
möbliertes Zimmer.
Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.

Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.

Hirfau.

Eine hornlose
Ziege
mit 2 Jungen
verkauft
Wilhelm Volz, Klosterhof.

Eine Gaisse

ist zu verkaufen. Wo sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

2 schöne, erstklassige
Läufer-
Schweine
setzt dem Verkauf aus
Adam Koller, Metzger,
Zavelstein.

Oberkollbach.
Sehe eine gute
Schaff-Ruh
hochträchtig, mit dem zweiten Kalb dem Verkauf aus.
Volz, z. Adler.
Ofelsheim.

Verkauf am Samstag
Mittag 1 Uhr eine junge
Schaff-
R ü h
Rosine Dürr.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 10. Mai 1919, stattfindenden

Hochzeits-Feier

im Gasthaus zur „Sonne“ in Altburg freundlichst einzuladen.

Johannes Bauer,
Sohn des verst. Johannes Bauer, Windhof,
Dorothea Bauer,
Tochter des Jakob Schaible in Altburg.
Kirchgang 1/2 12 Uhr.

20 000 Mark

sind auf ein oder zwei Posten gegen gute Sicherheit
auszuleihen.
Angebote erbeten unter R. G. 380 an die Geschäftsstelle des Blattes.

1500 Mark

gegen Sicherheit aufzunehmene gesucht.
Angebote unter E. 15 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Laden,

womöglich mit Einrichtung nebst Magazin und Wohnung, zu mieten gesucht
zwecks Einrichtung einer Filiale. Angebote unter F. B. 100 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Unterzeichneter empfiehlt sich im

Einrichten
von elektrischen Licht- und Kraft-Anlagen, sowie Klingelanlagen bei prompter Bedienung.

Adolf Braun, Calw,
Installationsgeschäft.